**System der Standards für Non Profit Organisationen
In den Bereichen Spendenmittelaufbringung und
Spendenmittelverwaltung**

KOOPERATIONSVERTRAG 2005

In der Fassung der Evaluierung 2008, gültig ab 01.01.2009

**KOOPERATIONSVERTRAG ÜBER DIE VERGABE EINES
SPENDENGÜTESIEGELS FÜR SPENDENSAMMELNDE
NON PROFIT ORGANISATIONEN (NPOs)**

abgeschlossen zwischen der

Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KWT)

vertreten durch Mag. Dr. Alfred Brogyányi, Präsident der KWT, einerseits

und folgenden

Dachverbänden von NPOs (NPO-Dachverbände)

- **Arbeitsgemeinschaft der missionierenden Orden (ARGE)**
vertreten durch P.Dr. Josef Keler SDB

- **AGEZ ArbeitsGemeinschaft EntwicklungsZusammenarbeit**
vertreten durch Mag. Elfriede Schachner (bis 31.03.2008)

- **Diakonie Österreich**
vertreten durch Mag. Michael Chalupka

- **IÖGV – Interessensvertretung Österreichischer Gemeinnütziger
Vereine**
vertreten durch Mag. Irene Vogel

- **KOO Koordinierungsstelle der österreichischen
Bischöfskonferenz für internationale Entwicklung und Mission**
vertreten durch Heinz Hödl

- **Ökobüro Koordinationsstelle österreichischer
Umweltorganisationen**
vertreten durch Mag. Margit Doppelhofer

andererseits.

I. VERTRAGSGEGENSTAND

Die Ziele der Kooperation sind

1. die einvernehmliche Festlegung von Richtlinien, welche die Inhalte und den praktischen Ablauf der Prüfung der Non Profit Organisationen (NPOs) auf Einhaltung der Ziele und Standardkriterien regeln,
2. die einvernehmliche laufende Weiterentwicklung der Inhalte und des praktischen Ablaufs der Prüfung auf Einhaltung der Ziele und Kriterien des Österreichischen Spendengütesiegels,
3. die einvernehmlich erfolgende öffentliche Bekanntmachung und Bewerbung des Österreichischen Spendengütesiegels entsprechend einer jährlichen Planung und Budgetierung.

II. DAUER

1. Der Vertrag vom 20.12.2004, wirksam ab 1.1.2005, befristet auf drei Jahre, wird um vier Jahre, somit bis 31.12.2011, verlängert.
2. Die Vertragspartner entscheiden jährlich über eine Verlängerung des Vertrags um ein weiteres Jahr. Dazu wird dieser Vertrag jährlich evaluiert. Bei dieser Evaluierung sollen Erfahrungen der Vertragspartner und Verbesserungsvorschläge im Sinne einer laufenden Weiterentwicklung in den Vertrag eingearbeitet werden. Bei Einigung der Vertragspartner wird der Vertrag jedes Jahr mit oder ohne Änderung über die Befristung hinaus verlängert. (Vertragsbeginn 01.01.2005 – Befristung bis 31.12.2007, Evaluierung im Herbst 2005, Einigung bis 31.12. 2005 – Befristung bis 31.12.2008 und so fort.) Bei Nichteinigung der Vertragspartner über eine Verlängerung vor Ende der Laufzeit um ein weiteres Jahr endet der Vertrag zu der vorgesehenen Frist.
3. Die Vertragspartner können den Vertrag mit jeweils 12-monatiger Kündigungsfrist zum Ende eines jeden Kalenderjahres kündigen. Die Kündigung hat mittels eingeschriebenem Brief an alle anderen Vertragspartner zu erfolgen. Bei Kündigung durch die KWT erlischt der Vertrag nach Ablauf der Kündigungsfrist. Bei Kündigung von bis zu 50% der Dachverbände bleibt der Vertrag weiterhin aufrecht, wenn die verbleibenden Vertragspartner zustimmen. Wenn mehr als die Hälfte der Dachverbände den Vertrag kündigen, dann erlischt der Vertrag nach Ablauf der Kündigungsfrist.
4. Bei groben Vertragsverletzungen kann das Vertragsverhältnis von jedem Vertragspartner vorzeitig beendet werden. Das Schiedsgericht entscheidet über eine solche grobe Vertragsverletzung. (siehe Punkt VII. 3.). Für die Dauer des Verfahrens vor dem Schiedsgericht bleibt der Vertrag aufrecht.

5. In jedem Fall der Vertragsbeendigung erlischt das Recht zur Führung des Spendengütesiegels.
6. Die Vertragspartner verpflichten sich, während der Gültigkeit dieses Vertrages keine weiteren Vereinbarungen zu treffen sowie keine Handlungen zu setzen, die der Einheit des Systems der Standards schaden könnten.

III. RAHMENBEDINGUNGEN

1. Das System der Standards für Non Profit Organisationen (NPO) in den Bereichen Spendenmittelaufbringung und Spendenmittelverwaltung in der Fassung vom 01.01.2005 (Beilage I) bildet die Basis für den Ablauf und den Inhalt der NPO-Prüfung (= Prüfung der NPO). Die NPO-Prüfung ist Grundlage für die Vergabe eines Spendengütesiegels für spendensammelnde NPOs und erstreckt sich ausschließlich auf die in Beilage I zum Kooperationsvertrag Ebene 3 Nr. 26 definierten Spendenmittel.
2. Auf Anfrage bei der KWT wird jeder NPO eine Kopie dieses Vertrages ausgefolgt. Jede NPO, die ein österreichisches Spendengütesiegel beantragt, akzeptiert damit diesen Kooperationsvertrag und die darin enthaltenen Ziele, Grundsätze und Verfahren, einschließlich der Schiedsgerichtsbarkeit. Ein Antrag auf Vergabe des Österreichischen Spendengütesiegels der NPO an die KWT kann nur einmal im Jahr gestellt werden. Der erste Antrag auf Vergabe kann frühestens bei Vorliegen des Rechnungsabschlusses über das erste volle Rechnungsjahr gestellt werden. Voraussetzung jeder einzelnen Vergabe ist, dass sich die NPO verpflichtet, sich durch ein Mitglied der KWT auf Einhaltung der Standardkriterien überprüfen zu lassen. Die Prüfung bezieht sich auf das dem Vergabe- bzw. Verlängerungszeitraum vorangehende Rechnungsjahr.
3. Hat eine NPO ein eigenes Organisationsstatut oder eine eigene Geschäftsordnung für den Spendenbereich, so ist nur der gesonderte Rechnungskreis des Spendenbereichs zu prüfen (siehe Beilage I, Ebene 3, Pkt.3.).
4. Die Rechnungslegung hat nach Maßgabe der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen. Für gesonderte Rechnungskreise sind zumindest die diesbezüglichen Vorschriften des HGB anzuwenden, wobei auf Besonderheiten von NPO Rücksicht zu nehmen ist.
5. Die Spendengütesiegelprüfung der NPO wird eigenverantwortlich unter Einhaltung des gebotenen Sorgfaltsmaßstabes von einem/einer SteuerberaterIn, BuchprüferIn oder WirtschaftsprüferIn bzw. einer Wirtschaftstreuhandgesellschaft im Rahmen ihrer jeweiligen Berufsbefugnis iS des Wirtschaftstreuhandberufsgesetzes, BGBl 58/1999, in der jeweils gültigen Fassung, vorgenommen.

6. Die KWT stellt als Prüfungsunterlage die Standards für Non Profit Organisationen in den Bereichen Spendenmittelaufbringung und Spendenmittelverwaltung (Beilage I) zur Verfügung. Diese stellen lediglich einen jedenfalls zu beachtenden Mindeststandard dar, wobei sich im Einzelfall darüber hinausgehende Prüfpflichten ergeben können.
7. Sollte die NPO die für die Vergabe des Spendengütesiegels maßgeblichen Kriterien während des Vergabezeitraums nicht erfüllen, kann das Schiedsgericht (Pkt VII.) das Spendengütesiegel mit sofortiger Wirkung entziehen.
8. Das Spendengütesiegel wird für die Dauer von 12 Monaten ab Verleihung vergeben. Hat die KWT berechnigte Zweifel über die Erfüllung der Kriterien zur Erlangung der Berechnigung zur Führung des Spendengütesiegels, so kann sie die Entscheidung des Schiedsgerichtes darüber einholen, ob die Kriterien erfüllt sind und daher das Österreichische Spendengütesiegel zu verleihen ist. Die KWT und die betroffene NPO haben in diesem Verfahren Parteistellung.
9. Bei Nichtvorlage oder nicht fristgerechter Vorlage einer neuerlichen Bestätigung (Beilage V) gem. Punkt V.5. (bzw. einer nicht zeitgerechten Verbesserung gemäß VI.1.) erlischt mit sofortiger Wirkung das Recht zur Führung des Spendengütesiegels. Ein neuerlicher Antrag kann erst wieder nach Ende des darauffolgenden Rechnungsjahres gestellt werden.
10. Die Rechte der NPO aus dieser Vereinbarung erlöschen mit Beendigung des Rechts zur Führung des Österreichischen Spendengütesiegels. Zur Führung des Österreichischen Spendengütesiegels anhängige Schiedsverfahren und Sonderprüfungen sind jedoch fertig zu führen. Der NPO steht auch das Recht zu das Schiedsgericht wegen der Feststellung des Auslaufens der Berechnigung zur Führung des Spendengütesiegels anzurufen.
11. Das Ende der Berechnigung zur Führung des Spendengütesiegels wird der betreffenden NPO mittels eingeschriebenem Brief mitgeteilt.

IV. RECHTE UND PFLICHTEN

1. Die KWT und die NPO-Dachverbände legen einvernehmlich fest:
 - a. den administrativen Ablauf der Prüfung der NPOs und die Vergabe des Spendengütesiegels,
 - b. die grafische Gestaltung des Spendengütesiegels,
 - c. die/den Vorsitzende(n) des Schiedsgerichtes,
 - d. die Geschäftsordnung für das Schiedsgericht,

- e. die Gebühr für die Verleihung und die Führung des Spendengütesiegels. Diese Gebühr wird mit EUR 150,- p.a. wertgesichert (VPI 2000) festgesetzt – Organisationen bis EUR 100.000,- Spendenmittel (gemäß Beilage I Ebene 3 Nr.26) zahlen EUR 50,- p.a. wertgesichert (VPI 2000). Dieser Betrag ist spätestens bei Vorlage der Bestätigung (Beilage V) zur Erteilung bzw. zur Verlängerung des Österreichischen Spendengütesiegels an die KWT einzubezahlen.
- f. die öffentliche Bekanntmachung des Spendengütesiegels / kontinuierliche Werbung (I.3.,VIII.2.). Sie bedienen sich dazu auch einer gemeinsamen Website, die nach Erzielung des Einvernehmens, von der KWT geführt und verantwortet wird.
- g. den Antrag auf Vergabe des Österreichischen Spendengütesiegels (Beilage II), den Prüfungsauftrag(Beilage III), die Bekanntgabe des Prüfungsauftrages (Beilage IV.), den Wortlaut der auszustellenden Bestätigung (Beilage V.) und der Urkunde (Beilage VI.).

2. Die KWT

- a. erarbeitet für ihre Mitglieder ein Informations- und Fortbildungsprogramm, das die von den NPO-Dachverbänden festgelegten Inhalte integriert und sich an der NPO-Praxis orientiert,
- b. trägt die KWT- internen Kosten, die bei der laufenden Abwicklung der Vergabe des Spendengütesiegels anfallen,
- c. gewährleistet, dass die NPO-Dachverbände über die durch konkrete Prüfungen der NPOs gesammelten Erfahrungen informiert werden; die berufsrechtliche Verschwiegenheitspflicht bleibt davon unberührt,
- d. motiviert ihre Mitglieder, die Prüfungen der NPOs durchführen, das System der Standards im NPO-Sektor und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und zu fördern;
- e. führt eine öffentlich zugängliche Liste der geprüften NPOs, die das Spendengütesiegel führen. Diese Liste ist auf einer von der Kammer verantworteten Homepage zugänglich zu machen.
- f. benennt eine KWT- intern zuständige Person, welche die Vergabe des Spendengütesiegels abwickelt und für die Erteilung von Auskünften und Informationen zuständig ist,

3. Die NPO-Dachverbände

- a. berücksichtigen die im Rahmen der Prüfungen der NPOs gesammelten Erfahrungen (der Prüfer und der NPOs) bei der Weiterentwicklung des

Systems der Standards; eine Neufassung der Standards, die zwischen der KWT und den NPO-Dachverbänden akkordiert werden, ersetzt die zuletzt gültigen Standards.

- b. motivieren NPOs, die sich dem System der Standards anschließen, das System in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und zu fördern.

V. VERFAHREN

1. Die NPO stellt bei der KWT den Antrag auf Vergabe des österreichischen Spendengütesiegels (Beilage II) und erteilt einem Mitglied der KWT den Prüfungsauftrag (Beilage III). Das Mitglied setzt die KWT von der Beauftragung in Kenntnis (Beilage IV).
2. Ein Mitglied der KWT prüft die NPO auf der Basis des Prüfungsauftrages (Beilage III) und erteilt nach positivem Abschluss der Prüfung eine Bestätigung (Beilage V).
3. Nach positivem Abschluss der Prüfung durch den Wirtschaftstreuhänder, Vorlage der geforderten Anlagen gemäss Beilage V und der Bestätigung (Beilage V) durch den Wirtschaftstreuhänder sowie nach Bezahlung der Gebühr laut Punkt IV.1.e. an die KWT verleiht die KWT eine Urkunde über die Berechtigung zur Führung des Spendengütesiegels (Beilage VI). In dieser Urkunde ist die Dauer der Gültigkeit des Österreichischen Spendengütesiegels anzugeben (gem. Punkt III. Rahmenbedingungen, 8.).
4. Vor Ablauf der Gültigkeit des Österreichischen Spendengütesiegels gem. III.8. kann die NPO einem Mitglied der KWT einen weiteren Prüfungsauftrag zur Verlängerung des Spendengütesiegels erteilen. Eine Kopie dieses Prüfungsauftrages (Beilage III) ist an die KWT zu übersenden. Das Mitglied der KWT setzt die KWT davon in Kenntnis (Beilage IV.).
5. Nach Vorlage einer neuerlichen Bestätigung (Beilage V), der geforderten Anlagen gemäss Beilage V und nach Bezahlung der Gebühr lt. IV.1.e. verlängert sich die Berechtigung zur Führung des Österreichischen Spendengütesiegels um 12 Monate gerechnet vom Ende der Frist nach Pkt.III.8.,1. Satz. Für diese Vorlage gilt eine zusätzliche Respirofrist von 3 Monaten.
6. Anlässlich der Verleihung der Berechtigung zur Führung des Österreichischen Spendengütesiegels wird der NPO eine Registriernummer zugeteilt. Diese Registriernummer ist gut lesbar in der Textbildmarke des Österreichischen Spendengütesiegels anzuführen. Die verliehene Textbildmarke des Österreichischen Spendengütesiegels ist nur in der Größe veränderbar. Wird in Schriftstücken auf die Führung des Österreichischen Spendengütesiegels verwiesen, muss die Registriernummer angeführt sein.
7. Die Registriernummer ist 5-stellig, wobei die letzten drei Ziffern fortlaufend sind.

8. Bei Erlöschen des Rechts zur Führung des Spendengütesiegels verfällt auch die bisherige Registriernummer. Bei einem neuerlichen Antrag und einer darauf aufbauenden neuerlichen Verleihung ist eine neue Registriernummer zu vergeben.
9. Die KWT nimmt die NPO binnen einer Woche ab Ausstellungsdatum in die Liste der Spendengütesiegel führenden NPOs auf.
10. Über eine Infohotline und eine Website kann jeder Spender, jede Spenderin die Gültigkeit des Gütesiegels überprüfen. Der Spender muss lediglich die Registriernummer oder den Namen der Organisation wissen und erhält eine Auskunft, ob die Organisation zum Zeitpunkt des Anrufs zum Führen des Österreichischen Spendengütesiegels berechtigt ist.

VI. QUALITÄTSSICHERUNG

1. Die KWT ist berechtigt – unter Setzung einer angemessenen Frist – von einer NPO, die das Spendengütesiegel bzw. eine Verlängerung des Österreichischen Spendengütesiegels beantragt, weitere Unterlagen zu fordern oder Verbesserungsaufträge zu geben.
2. Die KWT ist auf eigene Kosten berechtigt, aber nicht verpflichtet, bei berechtigten Zweifeln über die Erfüllung der Kriterien zur Erlangung des Spendengütesiegels, die Einhaltung der Kriterien des Kriterienkataloges vor der Verleihung des Österreichischen Spendengütesiegels oder während der Laufzeit des Österreichischen Spendengütesiegels durch einen von ihr beauftragten WT überprüfen zu lassen. Die betroffene NPO und der die NPO prüfende WT sind verpflichtet, die vom einschauenden WT begehrten Unterlagen offen zu legen und gewünschte Informationen zu geben. Die Einschau kann aus eigenem Antrieb und auch auf Anregung der Vertragspartner vorgenommen werden. Bei offensichtlichen Mängeln ist das Schiedsgericht einzuschalten.
3. Die KWT ist auf eigene Kosten berechtigt, aber nicht verpflichtet, zur Sicherung der Qualität der von ihren Mitgliedern durchgeführten Prüfungen Qualitätssicherungsmaßnahmen zu setzen. Diese Maßnahmen betreffen insbesondere die Aus- und Weiterbildung der Mitglieder, die qualitativ hochwertige Abwicklung der Prüfungen im Sinne dieses Vertrages und beziehen sich auf den Prüfungsbetrieb und die einzelnen Prüfungsaufträge. Die betroffene NPO und der Österreichischen Spendengütesiegel – Prüfer sind verpflichtet die vom einschauenden WT begehrten Unterlagen offen zu legen und gewünschte Informationen zu geben.
4. Die KWT informiert die NPO-Dachverbände unverzüglich über die Einleitung der Schritte in VI.2.. Die Information beinhaltet NPO und Anlass, der zur Einleitung eines Qualitätssicherungsverfahrens gemäß VI.2. geführt hat. Auf Verlangen eines Vertragspartners ist darüber eine Besprechung abzuhalten.

VII. DAS SCHIEDSGERICHT

1. Bestellung und Zusammensetzung

Das Schiedsgericht besteht aus fünf Schiedsrichtern, von denen zwei von der KWT und zwei von den NPO-Dachverbänden nominiert werden. Der Vorsitzende wird von den Vertragspartnern gemeinsam bestellt (Pkt. IV.1c.).

Die Schiedsrichter sowie je zwei Ersatzschiedsrichter werden für die Dauer von drei Jahren bestellt. Bei Ausscheiden eines Mitgliedes hat unverzüglich eine Nachnominierung für den Rest der laufenden Funktionsperiode zu erfolgen. Bei Verhinderung aller von der KWT oder von den NPO-Dachverbänden nominierten Schiedsrichtern oder Ersatzschiedsrichtern haben die KWT bzw. die NPO-Dachverbände für ein konkretes Verfahren einen oder zwei Ersatzschiedsrichter zu nominieren. Diese Nominierungen werden jeweils mit der schriftlichen Anzeige bei den Vertragspartnern und beim Vorsitzenden des Schiedsgerichts wirksam.

2. Wirkungsbereich

Das Schiedsgericht kann von allen Vertragspartnern sowie von den NPOs, die sich diesem Kooperationsvertrag, und damit der Schiedsgerichtsklausel unterworfen haben, einzeln oder gemeinsam mit Klage angerufen werden.

3. Aufgaben

Das Schiedsgericht entscheidet

- a. über alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Streitigkeiten;
- b. über die Nicht-Verleihung, über den Entzug oder über die Nicht-Verlängerung der Berechtigung zur Führung des Österreichischen Spendengütesiegels.

4. Verfahren

- a. Das Schiedsgericht ist bei Anwesenheit von 3 Mitgliedern oder Ersatzschiedsrichtern und dem/der Vorsitzenden beschlussfähig.
- b. Es entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Über die Nicht-Verleihung, den Entzug oder die Nicht-Verlängerung kann nur erkannt werden, wenn mindestens vier Mitglieder des Schiedsgerichtes für die Nicht-Verleihung, den Entzug oder die Nicht-Verlängerung stimmen.
- c. Ist in einem Verfahren die Einhaltung der Kriterien für die Verleihung strittig, kann das Schiedsgericht eine neuerliche Prüfung aller oder einzelner Kriterien anordnen (Sonderprüfung). Hiermit ist ein Mitglied der KWT zu beauftragen. Mangels Einigung der

Parteien über die Person des Prüfers entscheidet das Schiedsgericht.

- d. Das Schiedsgericht hat eine Geschäftsordnung, die von den Vertragspartnern gemeinsam festgelegt wird (Pkt. IV.1d.).
- e. Der Schiedsspruch ist endgültig.
- f. Für das Schiedsverfahren gelten die Bestimmungen der §§ 577 ff ZPO.
- g. Der Vorsitzende des Schiedsgerichtes informiert die Vertragspartner laut Geschäftsordnung.
- h. Das Schiedsgericht kann anordnen, dass die Einleitung eines Schiedsverfahrens und/oder die Entscheidung in diesem Verfahren auf der Website veröffentlicht wird.

5. Kosten

- a. Die Tätigkeit des Schiedsgerichts erfolgt ehrenamtlich.
- b. Die Kosten einer durch das Schiedsgericht angeordneten Sonderprüfung trägt unabhängig vom Ausgang der Sonderprüfung die geprüfte NPO.
- c. Sonstige Kosten des Schiedsgerichts einschließlich der Kosten der Schiedsrichter trägt die KWT. Die Kosten einer rechtsfreundlichen Vertretung trägt jede Partei selbst.

VIII. MAßNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DES SYSTEMS DER STANDARDS

- 1. Die KWT und die NPO-Dachverbände präsentieren gemeinsam das System der Standards und das Spendengütesiegel in der Öffentlichkeit.
- 2. Die Vertragspartner verpflichten sich zur generellen Verbreitung und Förderung des Systems der Standards.
- 3. Die Verpflichtungen der Vertragspartner nach IV.2 lit e und 3 lit b bleiben davon unberührt.
- 4. Die KWT bietet ihren Mitgliedern fach einschlägige Informations- und Fortbildungsveranstaltungen an, um die fachgerechte Umsetzung der geforderten NPO-Prüfung sicherzustellen. Im Rahmen des Fortbildungsprogramms geben die NPO-Dachverbände Empfehlungen ab.

BEILAGE I ZUM KOOPERATIONSVERTRAG

**SYSTEM DER STANDARDS
FÜR
NON PROFIT ORGANISATIONEN - NPO**

**IN DEN BEREICHEN SPENDENMITTELAUFBRINGUNG UND
SPENDENMITTELVERWALTUNG**

**KRITERIENKATALOG DER STANDARDS FÜR
SPENDENSAMMELNDE ORGANISATIONEN ZUR ERLANGUNG DES
ÖSTERREICHISCHEN SPENDENGÜTESIEGELS**

ZIELE und INHALTE FÜR DIE ERARBEITUNG VON STANDARDS FÜR SPENDENSAMMELNDE ORGANISATIONEN

Der Kriterienkatalog für das österreichische Spendengütesiegel wurde auf Basis der folgenden **ZIELE UND INHALTE** erarbeitet.

EBENE 1

ZIELE – KATALOG ZUR EINBETTUNG DES PROZESSES IN EINEN GESAMTZUSAMMENHANG

Auf dieser Ebene werden **ZIELE** formuliert, die sich auf die **Außenwirkung** eines Systems der Standards für Non Profit Organisationen beziehen. Diese Ziele definieren die **allgemeinen Rahmenbedingungen**, innerhalb derer Standards für spendensammelnde Organisationen zur Erlangung des österreichischen Spendengütesiegels realisiert werden sollen.

1. Weitgehende Transparenz für den einzelnen Spender ebenso wie weitgehende Transparenz gegenüber der interessierten Öffentlichkeit, öffentlichen Stellen, Subventionsgebern und anderen Partnern.
2. Durch die Schaffung der Sicherheit für den Spender, dass mit seiner Leistung das passiert, was ihm versprochen wurde, soll es zu einer Hebung der Spendenbereitschaft und eines Bewusstseins für Non Profit Organisationen in der Gesellschaft kommen.
3. Alle Organisationen, die dies wollen, sollen Zugang zum System der Standards für NPO haben, gleich welche Rechtsform sie haben, unabhängig von der Größe, unabhängig vom Tätigkeitsbereich.

Das System der Standards gilt für Non Profit Organisationen, kurz NPO.

NPO, Non Profit Organisationen

- / *verfügen über ein Mindestmaß an formaler Organisation samt Rechtsform und unterscheiden sich von spontanen Initiativen, die lediglich temporär und anlassbezogen in Erscheinung treten;*
- / *es handelt sich um private, also nicht-staatliche Organisationen, die allerdings durch öffentliche Stellen finanziert werden können;*
- / *die Einnahmen der Organisation werden für den Organisationszweck verwendet, es erfolgt keine Ausschüttung von Überschüssen an Mitglieder oder Eigentümer;*
- / *die Entscheidung über die Mittelverwendung liegt bei der Organisation selbst oder sie ist zumindest in die Entscheidung darüber eingebunden;*

- / *es gibt ein Mindestmaß an Freiwilligkeit, die sich auf ausführende Tätigkeiten, auf Funktionärstätigkeiten oder auf freiwillige Zuwendungen in Form von Geld- oder Sachspenden bezieht.*
4. Spontane Spendeninitiativen sollen weiterhin möglich sein, durch das System der Standards für NPO soll spontanen Spendeninitiativen die Basis für den Zugang zum Spendenwesen nicht entzogen werden.
 5. Die für die Etablierung und Prüfung des Systems der Standards für NPO entstehenden Kosten müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Entwicklungsstand und zur Größe einer Organisation stehen.
 6. Das System der Standards für NPO unterstützt die Organisationen in ihrem internen Controlling und führt damit automatisch zu einer laufenden Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung innerhalb der Organisationen.
 7. Die beteiligten Organisationen sorgen miteinander dafür, das System der Standards für NPO durch kontinuierliche und aktive Kommunikation breit bekannt zu machen. Damit soll auch das vielfältige Leistungsvolumen von NPO transparent gemacht und insgesamt eine Imageverbesserung zugunsten der NPO erzielt werden.
 8. Das System der Standards für NPO ist ‚branchenübergreifend‘ anwendbar, also auf Organisationen aus den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern und Bereichen.
 9. Das System der Standards für NPO wird zentral festgelegt, seine Überprüfung ist jedoch dezentral ausgerichtet. Es wird angestrebt, die Kontrolle der Standards durch unabhängige Wirtschaftstreuhandler durchzuführen.
 10. Das System der Standards für NPO wird laufend weiter entwickelt.
 11. Die Ziele des Systems der Standards für NPO werden von staatlicher Seite unterstützt.

ZIELE – KATALOG FÜR DIE INHALTE DES SYSTEMS DER STANDARDS FÜR NPO

Auf dieser Ebene werden die ZIELE formuliert, die bei der Ausarbeitung eines Kriterienkatalogs als inhaltliche Grundlagen dienen. Diese Ziele in Ebene 1 und 2 sind Grundlagen für den Kriterienkatalog und dienen dem Verständnis und der Handhabung durch Organisationen und externe Prüfer.

1. Die Organisationen bekennen sich zu einer Informationspflicht. Spender und die Öffentlichkeit erhalten geeignete und verständliche Informationen, die sie bei der Beurteilung einer Spendenorganisation und bei der Entscheidung für ein Spendenziel unterstützen.
2. Der Kriterienkatalog ist grundsätzlich so gestaltet, dass er flexibel auf die Besonderheiten einzelner Tätigkeitsfelder und einzelner Organisationen angewendet werden kann.
3. Der Kriterienkatalog beachtet und integriert relevante gesetzliche Bestimmungen (insbesondere aus dem Konsumentenschutzgesetz, Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, Telekommunikationsgesetz und dem Datenschutzgesetz).
4. Der Kriterienkatalog ist so gestaltet, dass er die folgenden sieben Bereiche für einen organisationsexternen Prüfer überprüfbar und nachvollziehbar macht:
 - a. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung;
 - b. Internes Kontrollsystem in der jeweiligen Entwicklungsstufe, auch die Trennung von Geschäftsführungs-Aufgaben und Kontroll-Aufgaben;
 - c. Satzungsgemäße und widmungsgemäße, d.h. den Werbemaßnahmen entsprechende Verwendung der Spenden;
 - d. Einhaltung der Grundsätze Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beim Aktionszweck im Spendenbereich;
 - e. Finanzpolitik der Organisation bei Verwendung von Spenden;
 - f. Personalwesen der Organisation;
 - g. Lauterkeit der Werbung und Regelung der Verantwortlichkeit dafür; d.h. Grundsätze für die Übernahme der Verantwortung für korrektes und ethisches Spendenwerben.

EBENE 3

KRITERIEN FÜR STANDARDS FÜR SPENDENSAMMELNDE ORGANISATIONEN

Der folgende Kriterienkatalog wurde auf Grundlage der **ZIELE - KATALOGE** der Ebenen 1 und 2 erarbeitet. Der Katalog definiert formale Voraussetzungen sowie die inhaltlichen Bestimmungen für die organisationsexterne Überprüfung. Der Kriterienkatalog ist so gestaltet, dass er die folgenden sieben Bereiche für einen organisationsexternen Prüfer überprüfbar und nachvollziehbar macht:

- a. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung;
- b. Internes Kontrollsystem in der jeweiligen Entwicklungsstufe, auch die Trennung von Geschäftsführungs-Aufgaben und Kontroll-Aufgaben;
- c. Satzungsgemäße und widmungsgemäße, d.h. den Werbemaßnahmen entsprechende Verwendung der Spenden;
- d. Einhaltung der Grundsätze Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beim Aktionszweck im Spendenbereich;
- e. Finanzpolitik der Organisation bei Verwendung von Spenden;
- f. Personalwesen der Organisation;
- g. Lauterkeit der Werbung und Regelung der Verantwortlichkeit dafür; d.h. Grundsätze für die Übernahme der Verantwortung für korrektes und ethisches Spendenwerben.

KRITERIEN FORMALE VORAUSSETZUNGEN UND ORGANISATION

1. Die Organisation verfolgt gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke im Sinne der §§ 34 ff BAO, Bundesabgabenordnung.
2. Die Organisation verfügt über ein geordnetes Rechnungswesen mit internem Kontrollsystem und einen dem Organisationsumfang entsprechenden Abschluss des Rechnungswesens.
3. Die Organisation ist in Österreich ansässig und besitzt eine österreichische oder EU- oder EWR-Rechtsform. Hat die Organisation keine eigene Rechtsform, so muss sie zumindest ein eigenes Organisationsstatut oder eine eigene Geschäftsordnung für den Spendenbereich haben und einem Rechtsträger angeschlossen sein. Rechtsträger können nur juristische Personen sein, die eine österreichische oder EU- oder EWR-Rechtsform haben.

4. Die Organisation verfügt über eine ausformulierte Selbstdarstellung. Die Selbstdarstellung gibt Auskunft über Rechtsform, Ziele und Zwecke der Organisation, benennt Personen, welche die Organisation nach außen vertreten und Gremien, die über die Verwendung der Gelder entscheiden.
5. Die Leitung ist einem übergeordneten Kontrollorgan verantwortlich. Die Mitglieder des Kontrollorgans dürfen kein persönliches finanzielles Interesse an der Organisation haben. Die Leitung darf kein persönliches finanzielles Interesse haben, das über das festgelegte Gehaltsschema hinausreicht.
6. Persönliche Verflechtungen von Mitgliedern des Leitungs- und des Kontrollorgans mit kommerziellen Unternehmungen, die in einer geschäftlichen Beziehung zur Organisation stehen, sind offen zu legen. Die Verfolgung des Organisationszwecks in Entsprechung oder im Sinne der §§ 34 ff BAO und sonstige Geschäftstätigkeiten der Organisation werden getrennt dargestellt. Bei Vorliegen von gewerblicher Tätigkeit durch eine Organisation wird dafür ein getrennter Organisationszweig und Buchhaltungskreis geführt.
7. Die Organisation entscheidet grundsätzlich in eigener Verantwortung über die Verwendung ihrer Spenden oder ist in die Entscheidung über die Verwendung eingebunden (z.B. bei internationalen Organisationen)
8. Die Organisation verfügt über ein in den zuständigen Gremien beschlossenes und dokumentiertes internes Kontrollsystem.
9. Die Organisation dokumentiert ein Gehaltsschema/die Gehaltsschemata, nach dem/nach denen ihre Dienstnehmer entlohnt werden.
10. Die Organisation verfügt über ein eigenes Bankkonto.
11. Die Organisation benennt einen Datenschutzbeauftragten, der für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzgesetzes verantwortlich ist.
12. Die Organisation benennt einen Verantwortlichen/die Verantwortlichen für die Werbemaßnahmen.
13. Die Organisation verfügt über einen eigenen Internetauftritt, auf dem zumindest die Selbstdarstellung und der aktuelle Jahresbericht (laut Pkt. 34.) abgerufen werden können.

<p>KRITERIEN WERBUNG UND SPENDENSAMMLUNG</p>
--

15. Der Bereich ‚Lauterkeit in der Werbung‘ ist durch die für die zu prüfende Organisation vertretungsbefugten Personen in einer entsprechenden Selbstverpflichtung für korrektes und ethisches Spendenwerben verbindlich

und öffentlich zu regeln. Der Kriterienkatalog führt dazu in den nachfolgenden Punkten wesentliche, zentrale Dimensionen an:

16. Die Letztverantwortung für Spendensammlungen und Werbung im Namen einer Organisation wird an Dritte nicht übertragen.
17. Bei Spendensammlungen und Werbung beachtet die Organisation neben den jeweiligen landesgesetzlichen Regelungen insbesondere die Bestimmungen des Konsumentenschutz-, des Datenschutz-, des Telekommunikationsgesetzes und des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (*Konsumentenschutzgesetz insbesondere §§ 3, 4, 6, 10, 14; Telekommunikationsgesetz insbesondere § 101; Datenschutzgesetz insbesondere §§ 7-9, 24,25; Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb insbesondere §§ 1, 2*).
18. Unbeschadet der Regelungen des Konsumentenschutzgesetzes räumt die Organisation bei Abschluss von Fördermitgliedschaften sowie bei Erteilung von Einziehungsaufträgen oder Lastschriftverfahren ein Rücktrittsrecht innerhalb von 14 Tagen ein. Erfolgt ein Rücktritt innerhalb dieser Frist, werden etwaig bereits bezahlte Beiträge rückerstattet.
19. Die Fördermitgliedschaft muss nach 12 Monaten ab Abschluss der Mitgliedschaft jederzeit und mit sofortiger Wirkung kündbar sein. Wird der Fördermitgliedsbeitrag über ein Jahr hinaus im voraus bezahlt, besteht ein Anspruch auf Rückerstattung des zum Zeitpunkt der Kündigung vorausbezahlten Anteils.
20. Die Organisation händigt dem Spender beim Werbevorgang eine Kopie der Verpflichtungserklärung bzw. des Fördermitgliedschaftsantrages aus und weist darin ausdrücklich auf das Rücktrittsrecht und darauf hin, dass bei Vorauszahlung des Fördermitgliedschaftsbeitrages über die Laufzeit hinaus ein Anspruch auf Rückerstattung des vorausbezahlten Anteils besteht.
21. Bei Abschluss von Einzugs- und Abbuchungsaufträgen verpflichtet sich die Organisation, einen prüffähigen Nachweis des Auftrages in der Organisation aufzubewahren.
22. Ohne bestehende konkrete Vorkontakte werden keine unerbetenen Telefon-, Telefax- oder E-Mail-Werbe-Vorgänge unternommen.
23. Die in der Werbung gemachten Aussagen in Wort und Bild sind wahr, eindeutig und sachlich richtig. Es werden keine wesentlichen Fakten verschwiegen und keine Übertreibungen oder irreführenden Fotos verwendet. Die Grenzen von Sitte und Anstand werden gewahrt.
24. Die Organisation verpflichtet sich bei Werbeaktivitäten insbesondere auf der Strasse oder an der Haustür, am Telefon oder im Internet Irreführungen der angesprochenen Personen zu vermeiden. Die Organisation trägt Sorge dafür, dass organisationsextern beauftragte Sammler (haupt- oder ehrenamtlich)

bzw. Werbeagenturen den Inhalt dieses Kriterienkatalogs einhalten.

25. Es werden keine Bezeichnungen, Namen, Namenskürzel, Aufmachungen, Zeichen oder Logos verwendet, welche geeignet sind, Verwechslungen mit Bezeichnungen, Namen, Namenskürzel, Aufmachungen, Zeichen oder Logos anderer Organisationen oder Institutionen oder den Eindruck einer Beziehung zu anderen Organisationen oder Institutionen entstehen zu lassen.

KRITERIEN MITTELVERWENDUNG

26. Spendenmittel:
- a. Unter Spenden werden grundsätzlich Leistungen verstanden, welche an NPOs erfolgen und die keinerlei Anspruch auf Gegenleistungen beim Spender begründen. Bei Geldspenden handelt es sich um einmalige, mehrmalige oder regelmäßige Geldbeträge. Weiters werden der Geldspende gleichgestellt: Mitgliedsbeiträge (Fördermitgliedschaften, Förderbeiträge, ...), Schenkungen, Legate, Erbschaften, Spenden von Unternehmen (ohne Erfordernis einer Gegenleistung) sowie Einnahmen aus Benefizveranstaltungen, Events, Bausteinaktionen, Nummernlotterien etc.
 - b. Unter sonstigen Einnahmen wird Folgendes erfasst: Sponsoring durch Unternehmen (Zuwendungen, für die Gegenleistungen vereinbart wurden), Zuwendungen, für die ein Warenwert retourniert wird, also etwa Verkauf von Gegenständen für gemeinnützige Zwecke, Merchandising, Einnahmen aus karitativen Flohmärkten, etc. sowie Sachspenden, wenn diese bewertet und buchhalterisch erfasst werden.
 - c. Erträge aus Kapitalvermögen aus Spendenmitteln, Zinsen und sonstige Ausschüttungen usw. abzüglich direkt zuordenbare Aufwendungen wie z.B.: KEST, Depotgebühren etc. gelten als Spendenmittel.
 - d. Die Auflösung von Rücklagen aus vergangenen Jahren wird zur Mittelherkunft gerechnet und ist gesondert auszuweisen.
 - e. Unentgeltliche, persönliche Arbeitsleistungen (Zeitspenden durch Ehrenamtliche und Freiwillige) gelten nicht als Spendenmittel.
27. Die Verwendung der Spenden erfolgt für die in der Selbstdarstellung angeführten gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecke und /oder für die in der Werbung dargestellten Zwecke bzw. für die Zwecke, die der Spender selbst bestimmt hat (Zweckbestimmung). Die Verwendung der Spenden erfolgt aufgrund der Beschlüsse des Entscheidungsgremiums.

28. Organisationen mit nationalen und internationalen Vernetzungen und Spendenweiterleitungen haben dies darzustellen und Einsicht in die zu berücksichtigenden Vereinbarungen zu geben.
29. Wenn die Verwendung für die in der Selbstdarstellung oder Werbung angeführten Zwecke nicht mehr möglich ist, weil eine Hilfsaktion bereits abgeschlossen, aufgrund unvorhergesehener Umstände abgebrochen oder sonst notwendigerweise beendet wurde, werden diese Spenden für ähnliche Zwecke verwendet.
30. Bei der Verwendung der Spenden werden die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit angewendet.
31. Die Kosten für Personalaufwand, Werbung, Selbstdarstellung und Spendensammlung sind angemessen.
32. Erträge aus veranlagten Spendenmittel sind gesondert auszuweisen und, soweit die Organisation frei über diese Erträge verfügen kann, wie Spenden zu behandeln.
33. Die Organisation erstellt bis spätestens 9 Monate nach Ende des Rechnungsjahres einen Rechnungsabschluss, aus dem Herkunft der Spendenmittel entsprechend der Gliederung nach Punkt 26. und die Verwendung der Spendenmittel eindeutig hervorgehen. Die Dotierung von Rücklagen ist gesondert unter Mittelverwendung auszuweisen.
34. Wenn im Rechnungsjahr erhaltene Spenden im selben Rechnungsjahr nicht zur Gänze ausgegeben werden, hat der Rechnungsabschluss einen entsprechenden Hinweis zu enthalten.

INFORMATIONSPFLICHT

35. Die Organisation erstellt spätestens bis zum Abschluss der Spendengütesiegelprüfung einen jährlichen Jahresbericht (auch genannt: Rechenschaftsbericht oder Tätigkeitsbericht). Der Jahresbericht stellt die Tätigkeit der Organisation umfassend dar und enthält darüber hinaus eine Selbstdarstellung der Organisation und die Nennung der verantwortlichen Personen für die Verwendung der Spenden, für die Spendenwerbung und für den Datenschutz.

Außerdem beinhaltet der Jahresbericht einen Finanzbericht der eine schlüssige und vollständige Darstellung der Spendeneinnahmen und Spendenverwendungen enthält.

35.1. Finanzbericht:

Der jährliche Finanzbericht, der eine schlüssige und vollständige Darstellung der Spendeneinnahmen und Spendenverwendungen bezweckt, ist zumindest folgendermaßen zu gliedern:

Mittelherkunft:

- a) Spenden gemäß 26.a.
- b) Sonstige Einnahmen gemäß 26.b.
- c) Erträge aus Kapitalvermögen gemäß 26.c.
- d) Auflösungen von Rücklagen gemäß 26.d.

Mittelverwendung:

- a) Leistungen für die statuarisch festgesetzten Zwecke im In- und Ausland. Im EZA Bereich: Die Leistungen sind jene Mittel, die die Projektpartner in den Zielländern erhalten (Projektmittel) sowie alle Leistungen, die unmittelbaren Leistungen an die Partner erst möglich machen. Unter dieser Kategorie werden auch die Inlands-Arbeitsbereiche entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit sowie Anwaltschaft und Lobbyarbeit zusammen gefasst. Zielland dieser Leistungen ist in der Regel Österreich.
- b) Zurechenbare Aufwendungen der Spendenwerbung und Spendenbetreuung. Dieser Bereich umfasst alle direkten Kosten einer Organisation, die ihr jene Spendeneinnahmen erschaffen sollen, die ihr die Erbringung von Leistungen ermöglichen.
- c) Verwaltungsaufwand
- d) Dotierung von Rücklagen: Die Dotierung von Rücklagen wird gesondert unter Mittelverwendung ausgewiesen.

35.2. Auf Anfrage eines Spenders wird ein Jahresbericht durch die Organisation zur Verfügung gestellt.

35.3. Der Jahresbericht muss auf einer öffentlich zugänglichen Website leicht auffindbar online sein.

36. Die einem Spender und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemachten Informationen entsprechen der eingegangenen Informationspflicht und ergeben ein wahres Bild über die Non Profit Organisation.

BEILAGE II ZUM KOOPERATIONSVERTRAG

Von: NPO, An: KWT, Kammer der Wirtschaftstreuhänder

ANTRAG AUF VERGABE DES ÖSTERREICHISCHEN SPENDENGÜTESIEGELS

Wir beantragen die Vergabe/Verlängerung des Spendengütesiegels auf Basis des Systems der Standards für Non Profit Organisationen in den Bereichen Spendenmittelaufbringung und Spendenmittelverwaltung in der jeweils geltenden Fassung durch die Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KWT).

Mit der Prüfung unserer Organisation auf Einhaltung zumindest der Kriterien laut Kriterienkatalog der Standards für spendensammelnde Organisationen zur Erlangung des österreichischen Spendengütesiegels wurde der/die Wirtschaftstreuhänder(in) betraut. Im Zusammenhang mit dem Österreichischen Spendengütesiegel haben wir für Auskünfte und Informationen welcher Art auch immer den beauftragten Wirtschaftstreuhänder gegenüber der KWT, gegenüber dem Schiedsgericht und gegenüber von diesen Beauftragten von seiner Verschwiegenheitsverpflichtung entbunden. Der Prüfung unterliegt das Rechnungsjahr von ... bis..... Ein Wechsel des /der betrauten Wirtschaftstreuhänders/in ist für den Prüfungszeitraum nur aus wichtigen Gründen zulässig.

Nach der Prüfung wird unser(e) Wirtschaftstreuhänder(in) die Bestätigung (Beilage V) und die darin genannten Unterlagen – das sind die aktuellen Statuten, eine aktuelle Liste der Funktionäre sowie unser Jahresbericht gem. Kriterienkatalog, Beilage I, Ebene 3 Pkt. 33) - an die KWT, Kammer der Wirtschaftstreuhänder schicken.

Wir unterwerfen uns gleichzeitig für die Dauer der Berechtigung zur Führung des Österreichischen Spendengütesiegels dem Kooperationsvertrag über die Vergabe eines Spendengütesiegels für spendensammelnde Non Profit Organisationen (NPO), abgeschlossen zwischen der Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KWT) und den darin genannten NPO Dachverbänden in der jeweils geltenden Fassung und werden den Kriterien des Kriterienkataloges während der gesamten Laufzeit entsprechen. Der Inhalt dieses Vertrages ist uns bekannt.

Wir unterwerfen uns darüber hinaus der in Punkt VII. des Kooperationsvertrages, der uns bekannt ist, eingerichteten Schiedsgerichtsvereinbarung.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)

BEILAGE III ZUM KOOPERATIONSVERTRAG

Von: NPO

An: WT, Wirtschaftstreuhandler und KWT, Kammer der
Wirtschaftstreuhandler

PRÜFUNGS-AUFTRAG

Sehr geehrte(r) Frau/Herr !

Wir beauftragen Sie mit der Prüfung der Voraussetzungen für die Erlangung des Österreichischen Spendengütesiegels durch unsere Organisation auf der Basis des Rechnungsjahresvon.....bis....., wobei die Kriterien laut Kriterienkatalog der Standards für spendensammelnde Organisationen in der derzeit geltenden Fassung einen Mindeststandard darstellen. Wir unterwerfen uns dem Kooperationsvertrag über die Vergabe eines Spendengütesiegels für spendensammelnde Organisationen, abgeschlossen zwischen der Kammer der Wirtschaftstreuhandler (KWT) und den darin genannten NPO-Dachverbänden in der geltenden Fassung, die uns bekannt ist.

Für Auskünfte und Informationen welcher Art auch immer im Zusammenhang mit dem Österreichischen Spendengütesiegel entbinden wir Sie unwiderruflich gegenüber der KWT, gegenüber dem Schiedsgericht und gegenüber von diesen Beauftragten von der Verschwiegenheitsverpflichtung.

Wir erklären, dass unsere Einnahmen-Ausgaben Rechnung bzw. unser Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung aufgestellt wurde.

Für die Durchführung der erteilten Aufträge gelten die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandler (AAB) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Honorarvereinbarung erfolgt gesondert.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass Ihre Verantwortlichkeit und Haftung für nachgewiesene Vermögensschäden auf Grund einer fahrlässigen Pflichtverletzung bei der Prüfung analog zu § 275 Abs. 2 in Verbindung mit § 906 Abs. 6 UGB (Haftungsregelung bei der Abschlussprüfung einer kleinen oder mittelgroßen Gesellschaft) mit 2 Millionen Euro begrenzt ist.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)

Ich habe den Prüfungsauftrag am angenommen.

.....
.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift des Prüfers)

BEILAGE IV ZUM KOOPERATIONSVERTRAG

Von: WT, Wirtschaftstreuhänder

An: KWT, Kammer der Wirtschaftstreuhänder

BEKANNTGABE DES PRÜFUNGS-AUFTRAGES

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wurde am von der Non Profit Organisation beauftragt, die Voraussetzungen für die Erlangung des Österreichischen Spendengütesiegels durch die Organisation auf der Basis des Rechnungsjahres von bis zu überprüfen, wobei die Kriterien für Standards für spendensammelnde Organisationen in der derzeit gültigen Fassung einen Mindeststandard darstellen.

Ich habe den Prüfungsauftrag am angenommen.

Ich habe die Entbindung von der Verschwiegenheitsverpflichtung zur Kenntnis genommen.

.....

(Ort, Datum)

.....

(Unterschrift)

BEILAGE V ZUM KOOPERATIONSVERTRAG

Von: WT, Wirtschaftstreuhänder

An: KWT, Kammer der Wirtschaftstreuhänder

BESTÄTIGUNG

Ich (Wir) wurde(n) von der Non Profit Organisation beauftragt, die Voraussetzungen für die Erlangung des Österreichischen Spendengütesiegels durch die Non Profit Organisation auf der Basis des Rechnungsjahres von bis zu überprüfen. Die Kriterien für Standards für spendensammelnde Organisationen in der derzeit gültigen Fassung stellen einen Mindeststandard dar.

Ich (Wir) habe(n) diese Prüfung unter Einhaltung der in Österreich für solche und ähnliche Prüfungen geltenden Standards vorgenommen.

Als Ergebnis meiner (unserer) Prüfung halte(n) ich (wir) fest, dass die Non Profit Organisation auf der Basis des Rechnungsjahres von bis die Voraussetzungen für die Erlangung bzw. Beibehaltung des Spendengütesiegels erfüllt.

Meine (unsere) Verantwortlichkeit und Haftung für nachgewiesene Vermögensschäden auf Grund einer fahrlässigen Pflichtverletzung bei der Prüfung wird analog zu § 275 Abs. 2 in Verbindung mit § 906 Abs. 6 UGB (Haftungsregelung bei der Abschlussprüfung einer kleinen oder mittelgroßen Gesellschaft) mit 2 Millionen Euro begrenzt.

Anlage:

- Aktuelle Statuten – bei Ersteinreichung bzw. bei Änderung
- Aktuelle Liste der Funktionäre – bei Ersteinreichung bzw. bei Änderung
- Jahresbericht (laut Beilage I Kooperationsvertrag, Ebene 3, Punkt 33)
- Angabe der ZVR-Zahl oder Firmenbuchnummer

.....

(Ort, Datum)

.....

(Unterschrift)

Zusatzangabe: Der Wirtschaftstreuhänder hat den Jahresabschluss der Organisation zum Stichtag auf Erstellung nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung überprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 274 UGB versehen.

BEILAGE VI ZUM KOOPERATIONSVERTRAG

Von: KWT, Kammer der Wirtschaftstreuhand
An: NPO

URKUNDE

Der Wirtschaftstreuhand hat die Bestätigung erteilt, dass die Non Profit Organisation die Voraussetzungen für die Erlangung des Spendengütesiegels erfüllt.

Die NPO

ist daher berechtigt, gemäß Kooperationsvertrag über die Vergabe eines Spendengütesiegels für spendensammelnde Non Profit Organisationen (NPOs) vom 20.12.2004, abgeschlossen zwischen der Kammer der Wirtschaftstreuhand (KWT) und den darin genannten NPO-Dachverbänden, das Österreichische Spendengütesiegel in der unten dargestellten grafischen Gestaltung unter den Bedingungen dieses Vertrages in der jeweils geltenden Fassung zu führen.

Registriernummer:

Gültigkeit:

Spendengütesiegel

(Präsident der KWT)

(Kammerdirektor)

Wien, am